

Ressort: Politik

Schulz beansprucht Finanzministerium für die SPD

Berlin, 17.12.2017, 18:30 Uhr

GDN - SPD-Chef Martin Schulz will in möglichen Koalitionsverhandlungen mit der Union das Bundesfinanzministerium für seine Partei beanspruchen. "Das Bundesfinanzministerium ist das Ziel", sagte Schulz vergangenen Mittwoch in einer internen Runde mit SPD-Bundestagsabgeordneten des Ruhrgebiets, schreibt das "Handelsblatt" in seiner Montagausgabe.

Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, was für eine Schlüsselstellung das Ressort innerhalb einer Regierung habe. Schulz ging in dem Treffen auch die jeweiligen Regierungsalternativen durch. Ob und was für eine Regierung die SPD schmiede, hänge von den Inhalten ab, die sie durchsetzen könne, sagte Schulz. Der SPD-Chef warnte aber davor, sich durch eine zu starke Betonung auf bestimmte Alternativen zu klein zu machen. Sonst sei es schwer, "auf Augenhöhe mit der Union verhandeln". So habe nicht er, sondern die Parteilinke eine so genannte Kooperationskoalition nach vorn geschoben, so Schulz. Der Chef der SPD-Linken im Bundestag, Matthias Miersch, pochte erneut darauf, sich die Option offen zu halten. "Wenn die Union bei Themen mauert, müssen wir die Unterschiede auch klar benennen", sagte Miersch dem "Handelsblatt". "Wenn die Gemeinsamkeiten begrenzt sind, werden wir uns auch ernsthaft über neue Formen der Zusammenarbeit in Regierung und Parlament unterhalten müssen." Schulz beklagte sich gegenüber den Ruhr-MdBs auch über mangelnde Unterstützung in den eigenen Reihen. "Ich weiß genau, wo die Heckenschützen in der Partei sind", sagte Schulz. Immer wieder gebe es "Durchstechereien" aus vertraulichen Gremiensitzungen. "Ich hätte schon mehr Unterstützung erwartet", kritisierte Schulz. Namen nannte er keine. Die Kritik dürfte aber auf Außenminister Sigmar Gabriel gemünzt sein, dem intern vorgeworfen wird, einen Nebenwahlkampf betrieben zu haben. Und auch auf Parteivize Olaf Scholz, der seit der Wahl immer wieder Nadelstiche gegen Schulz setzt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-99394/schulz-beansprucht-finanzministerium-fuer-die-spd.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com